

Beck'sches Mandatshandbuch Wettbewerbsrecht

Ansprüche, Verfahren, Taktik, Muster

von

Prof. Dr. Gero Himmelsbach

4. Auflage

[Beck'sches Mandatshandbuch Wettbewerbsrecht – Himmelsbach](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Unlauterer Wettbewerb](#)



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 66057 3

beck-shop.de

Himmelsbach
Beck'sches Mandatshandbuch
Wettbewerbsrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Beck'sches
Mandats
Handbuch

Wettbewerbsrecht

Ansprüche, Verfahren, Taktik, Muster

von

Prof. Dr. Gero Himmelsbach
Rechtsanwalt in München

4. Auflage 2014



beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 66057 3

© 2014 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH,
Neustädter Str. 1–4, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C. H. Beck, 86720 Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Meiner Familie

beck-shop.de

Vorwort zur 4. Auflage

Es hat sich seit Erscheinen der dritten Auflage im Jahr 2009 einiges getan im deutschen Lauterkeitsrecht. Gravierend sind die Einflüsse des europäischen Rechts: So stehen die Regelungen der Preisangabenverordnung insgesamt zur Disposition und es stellt sich immer mehr die Frage, ob der deutsche Gesetzgeber im Jahr 2008 die Vorgaben der UGP-Richtlinie tatsächlich ausreichend berücksichtigt hat. Das bietet für die Parteien eines UWG-Streits umfangreiches Argumentationsmaterial. Schließlich hängt es letztlich von der europarechtlichen Bewertung ab, ob die deutsche Norm (uneingeschränkt) anwendbar ist. In dieser Auflage wird deshalb jeweils durch einen Infokasten „UGP-RL konform?“ der aktuelle Stand der Diskussion dargestellt. Das kann vor allem bei grundsätzlichen Streitigkeiten, die nicht im Verfügungsverfahren vor dem Instanzgericht enden, eine wertvolle Hilfe sein.

Diese Auflage ist auf dem aktuellen Rechtsstand und berücksichtigt bereits die umfassenden Informationspflichten aufgrund der Umsetzung der EU-Verbraucherrechterichtlinie, die zum 13.6.2014 wirksam werden. Im UWG hat das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken für einige – sehr übersichtliche – Änderungen gesorgt, die durch den Infokasten „UWG 2013“ kenntlich gemacht sind. Auch in den wettbewerbsrechtlichen Nebengesetzen macht sich der europäische Einfluss bemerkbar: So hat die Regelungsdichte im Heilmittelwerbe-gesetz etwas abgenommen. Dagegen gibt es neue Informationspflichten, zB zu energiebezogenen Aussagen.

Erneut ist der Umfang deutlich erweitert worden, um vor allem dem Praktiker die europarechtlichen Aspekte lesbar nahezubringen. Damit der Nutzer ohne Umwege auf die Darstellung der einzelnen Normen insbesondere des UWG zurückgreifen kann, ist nunmehr ab Seite XXXIII eine Übersicht zu den besprochenen Paragrafen aufgenommen.

Der Umfang der Nachbearbeitung hat auch bei dieser Auflage meiner Familie eine besondere Geduld abgefordert. Meine liebe Frau und meine drei Kinder – Theo, Lenz und Til – haben nun auch die Bearbeitung der vierten Auflage überstanden. Mein besonderer Dank gilt deshalb meiner geduldigen Familie und auch Herrn Rechtsanwalt Bernd Hickertz, der wie schon bei den bisherigen Auflagen den Text kritisch durchgesehen und wertvolle Anregungen beigetragen hat.

München im Mai 2014

Gero Himmelsbach

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 4. Auflage VII

Literaturverzeichnis XXV

Abkürzungsverzeichnis XXXI

Paragrafen-Sprungstellen XXXIII

Vorbemerkung 1

1. Teil. Materielles Wettbewerbsrecht 3

§ 1 Grundlagen des Wettbewerbsrechts 3

§ 2 Die Unlauterkeitstatbestände im Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG 16

§ 3 Die Beispieltatbestände in § 4 UWG 29

§ 4 Irreführende geschäftliche Handlungen gemäß §§ 5, 5a UWG 93

§ 5 Vergleichende Werbung 133

§ 6 Unzumutbare Belästigungen gemäß § 7 UWG 146

§ 7 Strafbare Werbung gemäß §§ 16–19 UWG 164

§ 8 Wettbewerbsrechtliche Nebenregelungen 170

§ 9 Gemeinschaftsrecht, internationales Wettbewerbsrecht 196

2. Teil. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche, Abmahnung und Einigungsverfahren 199

§ 10 Zivilrechtliche Ansprüche 200

§ 11 Abmahnung und Unterlassungs-/Verpflichtungserklärung 228

§ 12 Einigungsverfahren gemäß § 15 UWG 253

3. Teil. Gerichtliches Verfahren 257

§ 13 Allgemeine Prozessvoraussetzungen, Antragsformulierung 257

§ 14 Besonderheiten des Verfügungsverfahrens 280

§ 15 Verfügungsverfahren gegen Verletzer im Ausland 312

§ 16 Schutzschrift und Abschlusserklärung 320

§ 17 Hauptsacheverfahren 327

§ 18 Unterlassungsansprüche – Anerkenntnis, Erledigung der Hauptsache und
Prozessvergleich 330

§ 19 Zwangsvollstreckung 337

Anhang: Checkliste und Muster 349

Stichwortverzeichnis 375

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung 1

1. Teil. Materielles Wettbewerbsrecht 3

§ 1 Grundlagen des Wettbewerbsrechts 3

 A. Allgemeines 3

 B. Grundlagen des UWG 4

 I. EU-Vorgaben und Umsetzung in Deutschland 4

 II. Kritik an der Umsetzung der UGP-Richtlinie 5

 C. Prüfungsreihenfolge 6

 I. Schutzzweck des Gesetzes und Definitionen 6

 1. Schutzzweck 6

 2. Definitionen 7

 II. Generalklausel und Beispieltatbestände 9

 III. „Unlauterkeit“ und Verkehrsauffassung 10

 1. Begriff der „Unlauterkeit“ 10

 2. Bedeutung der Verkehrsauffassung 11

 IV. Geschäftliche Handlung 11

 1. Unternehmensbezug der Handlung 12

 2. Marktbezug der Handlung 12

 3. Zusammenhang von Handlung und Wettbewerbsförderung 12

 V. Relevanzklausel des § 3 UWG 14

§ 2 Die Unlauterkeitstatbestände im Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG 16

 A. Vorbemerkung 16

 B. Unzulässige geschäftliche Handlungen gemäß Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG 17

 I. Synopse UWG und UGP-Richtlinie 17

 II. Die Tatbestände des Anhangs zu § 3 Abs. 3 UWG 17

 1. Nr. 1 des Anhangs 17

 2. Nr. 2 des Anhangs 18

 3. Nr. 3 des Anhangs 18

 4. Nr. 4 des Anhangs 18

 5. Nr. 5 des Anhangs 18

 6. Nr. 6 des Anhangs 20

 7. Nr. 7 des Anhangs 20

 8. Nr. 8 des Anhangs 20

 9. Nr. 9 des Anhangs 20

 10. Nr. 10 des Anhangs 21

 11. Nr. 11 des Anhangs 21

 12. Nr. 12 des Anhangs 21

 13. Nr. 13 des Anhangs 21

 14. Nr. 14 des Anhangs 22

 15. Nr. 15 des Anhangs 22

 16. Nr. 16 des Anhangs 23

 17. Nr. 17 des Anhangs 23

 18. Nr. 18 des Anhangs 23

 19. Nr. 19 des Anhangs 24

 20. Nr. 20 des Anhangs 24

 21. Nr. 21 des Anhangs 24

XI

Inhaltsverzeichnis

22. Nr. 22 des Anhangs	24
23. Nr. 23 des Anhangs	25
24. Nr. 24 des Anhangs	25
25. Nr. 25 des Anhangs	25
26. Nr. 26 des Anhangs	25
27. Nr. 27 des Anhangs	26
28. Nr. 28 des Anhangs	26
29. Nr. 29 des Anhangs	27
30. Nr. 30 des Anhangs	27
§ 3 Die Beispieltatbestände in § 4 UWG	29
A. Unlautere Beeinflussung der Marktpartner (§ 4 Nr. 1 UWG)	30
I. Ausübung von Druck	31
1. Psychischer Kaufzwang	32
2. Übertriebenes Anlocken	33
3. Ausnutzung einer Machtposition	34
II. Unangemessener unsachlicher Einfluss	35
III. Unlautere Kundenbeeinflussung durch Rabatte und Zugaben	36
1. Preisnachlässe, Rabattaktionen	37
2. Kopplungsangebote	38
3. Zugaben	39
4. Preisgestaltung und Irreführungsverbot	40
5. Laienwerbung	40
6. Kundenbindungssysteme	40
7. Powershopping und Versteigerungen	41
IV. Beeinträchtigung in menschenverachtender Weise und gefühlsbezogene Werbung	42
B. Ausnutzung besonderer Umstände (§ 4 Nr. 2 UWG)	44
I. Schutz aufgrund des Alters	45
II. Schutz der Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit	45
III. Ausnutzen der Angst	46
C. Verschleierung des Werbecharakters von geschäftlichen Handlungen (§ 4 Nr. 3 UWG)	46
I. Hinweispflicht auf Auftragsverhältnis	48
II. Product Placement	48
III. Redaktionelle Werbung	48
1. Kennzeichnungspflicht	48
2. Werbebeitrag	49
3. Exkurs: Werbliche Inhalte im Internet	50
D. Informationspflichten bei Verkaufsförderungsmaßnahmen, Kopplungsgeschäfte (§ 4 Nr. 4, 5 und 6 UWG)	51
I. Transparenzgebot für Verkaufsförderungsmaßnahmen	51
II. Transparenzgebot für Preisausschreiben und Gewinnspiele	53
III. Kopplungsverbot bei Preisausschreiben und Gewinnspielen	55
E. Herabsetzung von Mitbewerbern und Anschwärzung (§ 4 Nr. 7 und Nr. 8 UWG)	57
I. Tatsachenbehauptung oder Werturteil?	58
II. Geschäftliche Handlung	58
III. Herabsetzung von Mitbewerbern (§ 4 Nr. 7 UWG)	58
1. Herabsetzung und Verunglimpfung	59
2. Gegenstand der Herabsetzung oder Verunglimpfung	59
3. Verhältnis zu anderen UWG-Normen und zu §§ 823 ff. BGB	60
IV. Anschwärzung (§ 4 Nr. 8 UWG)	61
1. Behauptung oder Verbreitung einer unwahren Tatsache	61

Inhaltsverzeichnis

2. Erweislichkeit der Wahrheit und Eignung zur Schädigung	61
3. Gegenstand der Anschwärzung	62
4. Vertrauliche Mitteilungen in berechtigtem Interesse	62
5. Verhältnis zu anderen UWG-Normen und zu §§ 823 ff. BGB	62
F. Schutz vor Nachahmung und Rufausbeutung (§ 4 Nr. 9 UWG)	62
I. Schutzzweck	63
II. Voraussetzungen für den Schutz	64
III. Unlautere Nachahmung	65
IV. Leistungsübernahme	67
V. Rufausbeutung und Rufbeeinträchtigung	68
VI. Verhältnis zu anderen gesetzlichen Regelungen	69
1. Andere Tatbestände des UWG	69
2. Verhältnis von UWG und Markenrecht	69
3. Verhältnis von UWG und weiteren sonderschutzrechtlichen Regelungen	70
G. Behinderung (§ 4 Nr. 10 UWG)	70
I. Vorbemerkung	70
II. Preiswettbewerb	72
III. Boykott	72
IV. Unlautere Registrierung und Nutzung von Marken oder Internet-Domains	73
1. Generische Domains	73
2. Domains mit Kennzeichen Dritter	74
3. Sonstige unlautere Behinderung	75
V. Ausspannen von Kunden und Beschäftigten	75
H. Vorsprung durch Rechtsbruch (§ 4 Nr. 11 UWG)	77
I. Vorbemerkung	77
II. Voraussetzungen	78
1. Gesetzliche Vorschrift	78
2. Marktbezug der Vorschrift	78
3. Verstoß gegen eine Vorschrift	80
4. Übersicht über marktbezogene Vorschriften	80
III. Konkurrenzen	89
I. § 3 UWG als Auffangtatbestand: Allgemeine Marktbehinderung	89
I. Kartellrecht und UWG	90
II. Massenverteilung von Originalware	91
III. Gratis-Verteilung von Presseerzeugnissen	91
IV. Preiskampfmethoden	92
§ 4 Irreführende geschäftliche Handlungen gemäß §§ 5, 5a UWG	93
A. Vorbemerkung	94
B. Voraussetzungen	95
I. „Angaben“ gemäß § 5 UWG	95
II. Verkehrsauffassung	96
1. Objektiv falsche Angaben	97
2. Objektiv richtige Angaben	97
3. Wesentliches Kriterium: Durchschnittsmaßstab	97
III. Irreführungsgefahr	99
IV. Relevanz der Irreführung	99
V. Interessenabwägung, Verhältnismäßigkeit	101
C. Irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 UWG	102
I. Begriffserläuterungen	102
II. Einzelne Werbeaussagen	103
1. Wirkungsaussagen	104
	XIII

Inhaltsverzeichnis

2. Qualitätsaussagen	104
3. „Spezial“	104
4. „Bio“ und sonstige Naturangaben	104
5. „Neu“	105
6. Werbung mit Selbstverständlichkeiten	105
III. Werbung mit Herkunftsbezeichnungen	105
1. Vorbemerkung	105
2. Anwendungsbereich	107
3. Geografische Herkunftsangaben	107
4. Relevante Irreführung	108
IV. Irreführung über Testergebnisse	108
1. Zulässigkeit von Werbung mit Testberichten	108
2. Zulässigkeit von Testberichten	109
D. Irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 2, Abs. 4 UWG	110
I. Räumungsverkäufe, Sonderveranstaltungen und Rabattaktionen	110
II. Bezugsart und Bezugsquelle	111
III. Preiswerbung, Preisgegenüberstellungen	111
IV. Irreführung über die Vertragsbedingungen	112
E. Irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 UWG	113
I. Unternehmensbezeichnungen	113
II. Vermögen, Rechte des geistigen Eigentums	113
III. Umfang der Verpflichtungen	114
IV. Befähigung, Status, Zulassung, Mitgliedschaften, Beziehungen, Auszeichnungen, Ehrungen	114
1. Übertreibung und Alleinstellungswerbung	115
2. Internet: Suchmaschineneinträge und Counter	116
3. Zulassung, Mitgliedschaften, Beziehungen, Auszeichnungen, Ehrungen	117
V. Beweggründe für die geschäftliche Handlung	117
VI. Art des Vertriebs	117
F. Irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 UWG	118
G. Irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 UWG	119
H. Irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 UWG	119
I. Irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 UWG	120
J. Irreführende geschäftliche Handlung gemäß § 5 Abs. 2 UWG	120
I. Wegfall des Vorrangs markenrechtlicher Ansprüche	120
II. Konkurrenzen	121
III. Vermarktung und Verwechslungsgefahr	122
IV. Metatags und Keywords	122
K. Irreführung durch Unterlassen gemäß § 5a UWG	123
I. Grundtatbestand	123
1. Vorbemerkung	123
2. Regelungsgegenstand	124
3. Konkurrenzen	125
II. Wesentliche Informationen gemäß § 5a Abs. 3 UWG	125
1. Wesentliche Merkmale der Ware oder Dienstleistung (§ 5a Abs. 3 Nr. 1 UWG)	126
2. Identität und Anschrift des Unternehmers (§ 5a Abs. 3 Nr. 2 UWG)	127
3. Preisangaben (§ 5a Abs. 3 Nr. 3 UWG)	128
4. Weitere Vertragsbedingungen (§ 5a Abs. 3 Nr. 4 UWG)	128
5. Rücktritt und Widerruf (§ 5a Abs. 3 Nr. 5 UWG)	129
III. Wesentliche Informationen gemäß § 5a Abs. 4 UWG	129
IV. Vorenthalten wesentlicher Informationen gemäß § 5a Abs. 2 UWG	130

Inhaltsverzeichnis

§ 5	Vergleichende Werbung	133
	A. Vorbemerkung	133
	B. Vergleichende Werbung gemäß §§ 3, 4 UWG	134
	I. Vergleichsarten	134
	1. Warenarten-, Leistungs- und Preisvergleich	134
	2. Systemvergleich	135
	II. Zulässigkeit	135
	C. Vergleichende Werbung gemäß § 6 UWG	136
	I. Definition	137
	1. Begriff des „Vergleichs“	137
	2. Erkennbarkeit des Mitbewerbers	138
	3. Wettbewerbsverhältnis	139
	II. Unzulässigkeitskriterien des § 6 Abs. 2 UWG	139
	1. Kein Vergleich von Waren oder Dienstleistungen für den gleichen Bedarf oder dieselbe Zweckbestimmung (§ 6 Abs. 2 Nr. 1)	139
	2. Kein objektiver Vergleich (§ 6 Abs. 2 Nr. 2)	140
	3. Herbeiführen von Verwechslungen (§ 6 Abs. 2 Nr. 3)	141
	4. Ausnutzung eines Kennzeichens (§ 6 Abs. 2 Nr. 4)	142
	5. Herabsetzung und Verunglimpfung (§ 6 Abs. 2 Nr. 5)	143
	6. Imitation und Nachahmung (§ 6 Abs. 2 Nr. 6)	144
§ 6	Unzumutbare Belästigungen gemäß § 7 UWG	146
	A. Der Grundtatbestand des § 7 Abs. 1 UWG	146
	I. Vorbemerkung	146
	II. Belästigung gemäß § 7 Abs. 1 UWG	148
	III. Beispiele belästigender geschäftlicher Handlungen	148
	1. Straßen- und Haustürwerbung, Zusendung unbestellter Waren, Scheibenwischerwerbung	148
	2. Internet-Werbeformen	149
	3. Erkennbar unerwünschte Werbung (§ 7 Abs. 1 S. 2 UWG)	149
	B. Unzumutbare Belästigung gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 1 UWG	150
	I. Vorbemerkung	150
	II. Briefkasten- und Brief-Werbung	151
	1. Anwendungsbereich	151
	2. Umfang des Verbots	151
	3. Datenschutzrechtliche Besonderheiten	152
	C. Telefonmarketing (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 UWG)	153
	I. Anrufe bei Verbrauchern	155
	1. Erfordernis der vorherigen ausdrücklichen Einwilligung	155
	2. Weitere Regelungen	156
	II. Anrufe bei sonstigen Marktteilnehmern	157
	D. Werbung durch elektronische Hilfsmittel (§ 7 Abs. 2 Nr. 3, Abs. 3 UWG)	158
	I. Vorbemerkung	158
	II. Automatische Anrufmaschinen	160
	III. Telefax-Werbung	160
	IV. Werbung mit elektronischer Post	160
	1. E-Mail-Werbung	160
	2. SMS- und MMS-Werbung	161
	3. Ausnahmeregelung des § 7 Abs. 3 UWG	161
	E. Anonyme elektronische Werbung (§ 7 Abs. 2 Nr. 4 UWG)	162
§ 7	Strafbare Werbung gemäß §§ 16–19 UWG	164
	A. Strafbare irreführende Werbung gemäß § 16 Abs. 1 UWG	164
		XV

Inhaltsverzeichnis

I. Voraussetzungen	164
1. Objektiver Tatbestand	164
2. Subjektiver Tatbestand	165
II. Rechtliche Konsequenzen des Verstoßes gegen § 16 Abs. 1 UWG	165
B. Progressive Kundenwerbung gemäß § 16 Abs. 2 UWG	165
C. Geheimnisverrat und Vorlagenveruntreuung gemäß §§ 17, 18 UWG	166
I. Geheimnisverrat gemäß § 17 UWG	166
1. Geheimnisverrat durch Beschäftigte (§ 17 Abs. 1 UWG)	167
2. Ausspähen von Geschäftsgeheimnissen (§ 17 Abs. 2 Nr. 1 und 2 UWG)	168
3. Rechtsfolgen	168
II. Vorlagenveruntreuung gemäß § 18 UWG	169
§ 8 Wettbewerbsrechtliche Nebenregelungen	170
A. Heilmittelwerbegesetz	171
I. Verbot von Zuwendungen und sonstigen Werbegaben (§ 7 HWG)	171
II. Werbeverbote für verschreibungspflichtige Arzneimittel, Schlafmittel und beruhigende Arzneimittel (§ 10 HWG)	173
III. Werbeverbote für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel (§ 12 HWG)	173
IV. Verbotene Werbeinhalte (§ 11 HWG)	174
V. Pflichtangaben (§ 4 HWG)	176
VI. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen das HWG	176
1. Ordnungswidrigkeit, Strafbarkeit	176
2. Zivilrechtliche Ansprüche	176
B. Werbung für Lebensmittel und Tabakerzeugnisse	177
I. Verbot der gesundheitsbezogenen Lebensmittel-Werbung (§§ 11, 12 LFBG)	177
II. Verbot der Tabakwerbung	179
C. Energiebezogene Aussagen	180
D. Informationspflichten bei Verbraucherverträgen und bei Dienstleistungen	181
I. Fernabsatzgeschäfte	182
II. Informationspflichten des Unternehmers bei Verbraucherverträgen	182
III. Informationspflichten bei Dienstleistungen	183
IV. Rechtsfolgen	183
E. Preisangabenverordnung	184
I. Grundtatbestand des § 1 PAngV	184
1. Anwendungsbereich	184
2. Preisangaben	186
II. Weitere Regelungen der PAngV	187
1. Fernabsatzgeschäfte	187
2. Ausstellung von Waren in Schaufenstern ua	188
3. Leistungen	188
4. Kredite	188
III. Rechtsfolgen	189
F. Olympiagesetz	189
G. Richtlinien von Wirtschaftsgruppen	190
I. ZAW und Werberat	190
1. Überblick über die Aufgaben	190
2. Verhaltensregeln und Richtlinien	191
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes	192
II. Werbe-Richtlinien und Kodizes	192
1. Richtlinien der Verlegerorganisationen für redaktionelle Hinweise in Zeitungen und Zeitschriften	192

Inhaltsverzeichnis

2. Wettbewerbsregeln der Verlegerverbände für kostenfreie oder kostenpflichtige Probeabos	192
3. Wettbewerbsrichtlinien der Versicherungswirtschaft	192
4. Kodex der Arzneimittellindustrie	192
5. Rechtsfolgen eines Verstoßes	193
H. Persönlichkeitsrecht und Werbung	193
§ 9 Gemeinschaftsrecht, internationales Wettbewerbsrecht	196
A. EU-Recht	196
I. Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft	196
1. Irreführungs-Richtlinie	197
2. Richtlinie über vergleichende Werbung	197
3. Fernabsatz-Richtlinie und Verbraucherrechte-Richtlinie	197
4. E-Commerce-Richtlinie	197
5. UGP-Richtlinie	197
II. EuGH-Rechtsprechung	198
B. Sonstige internationale Regelungen	198
2. Teil. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche, Abmahnung und Einigungsverfahren	199
§ 10 Zivilrechtliche Ansprüche	200
A. Vorbemerkung	201
B. Anspruchsvoraussetzungen	202
I. Aktivlegitimation für Abwehransprüche (§ 8 Abs. 3 UWG)	202
1. Aktivlegitimation des Mitbewerbers (§ 8 Abs. 3 Nr. 1 UWG)	202
2. Aktivlegitimation von Verbänden und Kammern (§ 8 Abs. 3 Nr. 2 und 4 UWG)	203
3. Aktivlegitimation von eingetragenen Verbraucherverbänden (§ 8 Abs. 3 Nr. 3 UWG)	205
4. Aktivlegitimation für besondere Auskunftsansprüche	206
II. Passivlegitimation	206
1. Haftung für eigenes und fremdes Verhalten	206
2. Haftung wegen Verletzung einer wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflicht	208
3. Medienhaftung	209
4. Ausländischer Anspruchsgegner	210
III. Weitere Voraussetzungen für Abwehransprüche	210
1. Tatbestandsmäßigkeit	210
2. Unterlassungsanspruch: Erstbegehungsgefahr und Wiederholungsgefahr	210
3. Beseitigungsanspruch	211
IV. Veröffentlichungsbefugnis	211
1. Bekanntmachungsbefugnis gemäß § 12 Abs. 3 UWG	212
2. Veröffentlichungsanspruch gemäß §§ 823, 1004 BGB	213
V. Schadensersatzanspruch	213
1. Verhältnis von § 9 UWG zu §§ 823 ff. BGB	213
2. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruches	213
3. Feststellungsanspruch	214
4. Schadensberechnung	215
VI. Auskunft und Rechnungslegung	217
1. Umfang der Ansprüche	217
2. Gerichtliche Geltendmachung	217
VII. Gewinnabschöpfung	218
1. Aktivlegitimation	218

Inhaltsverzeichnis

2. Voraussetzungen	219
3. Gewinnherausgabe	219
VIII. Verjährung der Ansprüche (§ 11 UWG)	219
1. Anwendbarkeit von § 11 UWG	220
2. Beginn der sechsmonatigen Verjährung	221
3. Verjährungshemmung	222
4. Rechtsfolgen der Verjährung	224
IX. Rechtsmissbrauch	225
1. Rechtsmissbrauch bei Unterlassungsansprüchen (§ 8 Abs. 4 UWG)	225
2. Allgemeine BGB-Grundsätze	227
3. Verwirkung	227
4. Mehrfach-Prozesse	227
§ 11 Abmahnung und Unterlassungs-/Verpflichtungserklärung	228
A. Vorüberlegungen	228
B. Grundlagen	229
C. Form, Inhalt und Kosten der Abmahnung	230
I. Form	230
1. Schriftform	230
2. Absendung und Zugang	230
3. Vollmacht	231
II. Inhalt	232
1. Konkrete Verletzungshandlung, gleichartige Verstöße	232
2. Aufforderung zur Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungs- erklärung	233
3. Fristsetzung und Androhung eines gerichtlichen Verfahrens	234
4. Besondere Anforderungen an die Abmahnung durch Verbände gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 2 und 3 UWG	235
III. Kosten und Gegenstandswert	235
1. Kosten	235
2. Gegenstandswert	237
D. Reaktion des Anspruchsgegners auf die Abmahnung	238
I. Abgabe der geforderten Erklärung	238
II. Abgabe einer modifizierten Erklärung	240
1. Neu-Formulierung der Unterlassungsverpflichtung	240
2. Reduzierung der Vertragsstrafe	241
3. Reduzierung des Gegenstandswertes, Verweigerung der Kostenerstattung	242
III. Keine Abgabe der geforderten Erklärung	242
1. Ungerechtfertigte Abmahnung	243
2. Drittunterwerfung (Mehrfachabmahnung)	245
3. Aufklärungspflichten des berechtigt Abgemahnten	246
E. Verstoß gegen die Unterlassungserklärung, Vertragsstrafe	246
I. Verschulden	247
II. Höhe der Vertragsstrafe	248
III. Gerichtliche Entscheidung über eine Vertragsstrafe nach „Hamburger Brauch“	249
IV. Kosten und Verjährung	250
F. Beseitigung eines Unterwerfungsvertrages	250
I. Anwendbarkeit allgemeiner BGB-Regeln	250
II. Wegfall der Geschäftsgrundlage, Kündigung des Vertrages	250
1. Wegfall der Geschäftsgrundlage	250
2. Kündigung des Vertrages	251

Inhaltsverzeichnis

§ 12 Einigungsverfahren gemäß § 15 UWG	253
A. Bedeutung	253
B. Zusammensetzung der Spruchkörper	254
C. Örtliche und sachliche Zuständigkeit	254
I. Örtliche Zuständigkeit	254
II. Sachliche Zuständigkeit	254
D. Verfahren	254
I. Antrag	254
II. Beendigung des Verfahrens	254
III. Rechtsmittel	255
E. Wirkungen	255
F. Kosten	255
3. Teil. Gerichtliches Verfahren	257
§ 13 Allgemeine Prozessvoraussetzungen, Antragsformulierung	257
A. Vorüberlegung	257
B. Rechtsweg	258
C. Anwendbares Recht	259
D. Örtliche, sachliche und funktionale Zuständigkeiten	261
I. Örtliche Zuständigkeit (§ 14 UWG)	261
1. Sitz des Beklagten (§ 14 Abs. 1 UWG)	261
2. Fliegender Gerichtsstand (§ 14 Abs. 2 S. 1 UWG, § 32 ZPO)	261
3. Internationale Zuständigkeit	262
II. Sachliche und funktionale Zuständigkeit	263
1. Ausschließliche Zuständigkeit der Landgerichte	263
2. Zuständigkeit der Kammern für Handelssachen gemäß § 13 Abs. 1 UWG	265
3. Zuständigkeitskonzentration durch Landesverordnungen (§ 13 Abs. 2 UWG)	265
4. Gericht der Hauptsache gemäß §§ 937 Abs. 1, 943 ZPO	266
E. Formulierung des Unterlassungsantrags	268
I. Streitgegenstand	268
II. Eng gefasster Antrag	270
1. Konkrete Verletzungshandlung	270
2. Kerntheorie	270
III. Verallgemeinerungen	271
1. Einbeziehung gleichartiger Handlungen	271
2. Ausklammerung zulässiger Handlungen	272
3. Konkretisierung durch „insbesondere“-Zusatz oder „wie“-Zusatz ..	272
4. Bundesweites Verbot trotz regional begrenzter Verletzungs-	
handlung	273
5. Gesetzeswiederholende Unterlassungsanträge	274
IV. Geltendmachung mehrerer Unterlassungspflichten	276
V. Formulierung des Antrags bei Unterlassungsansprüchen mit	
Auslandsbezug	277
1. Antrag gegen Verletzer außerhalb der EU	277
2. Antrag gegen Verletzer mit Sitz innerhalb der EU	277
VI. Hinweispflicht des Gerichts	278
F. Relevanter Zeitpunkt für die Begründetheit der Ansprüche	278
G. Anträge des Anspruchsgegners	279
I. Aufbrauchfrist	279
II. Vollstreckungsschutz	279
	XIX

Inhaltsverzeichnis

§ 14 Besonderheiten des Verfügungsverfahrens 280

 A. Vorüberlegungen 281

 B. Zulässigkeit, durchsetzbare Ansprüche 282

 I. Zulässigkeit 282

 II. Im Verfügungsverfahren durchsetzbare Ansprüche 283

 III. Gleichzeitige Durchführung von Verfügungs- und Hauptsache-
 verfahren 283

 IV. Begründetheit 283

 C. Dringlichkeitsvermutung gemäß § 12 Abs. 2 UWG 284

 I. Anwendungsbereich von § 12 Abs. 2 UWG 284

 II. Dringlichkeitsvermutung entgegen § 935 ZPO 284

 1. Beginn der Frist 285

 2. Erstreckung der strengen Dringlichkeits-Fristen 285

 3. Aufrechterhaltung und Wiederaufleben der Dringlichkeits-
 vermutung 286

 4. Widerlegung der Dringlichkeitsvermutung 286

 5. „Flucht“ in das Hauptsacheverfahren 287

 D. Glaubhaftmachung 287

 I. Glaubhaftmachung des Verfügungsanspruchs, summarisches Verfahren 287

 II. Keine Schriftsatzfristen, kein Verspätungseinwand, keine Beweis-
 angebote, keine Vertagung 288

 E. Erlass der einstweiligen Verfügung in erster Instanz 289

 I. Erlass ohne mündliche Verhandlung (Beschlussverfügung),
 Widerspruchsverfahren 290

 1. Beschlussverfügung 290

 2. Widerspruchsverfahren 290

 II. Erlass nach mündlicher Verhandlung, Rechtsmittel 291

 F. Zurückweisung des Verfügungsantrages in erster Instanz 292

 I. Zurückweisung ohne mündliche Verhandlung (Beschlussverfügung) 292

 1. Beschwerde gegen zurückweisende Beschlussverfügung 292

 2. Beschwerdeentscheidung 293

 II. Zurückweisung des Antrags nach mündlicher Verhandlung 294

 G. Schriftliches Verfahren 294

 H. Rücknahme des Antrags 294

 I. Kosten des Verfügungsverfahrens 295

 I. Beschlussverfügung, Entscheidung durch Urteil 295

 1. Kosten des Gerichts 295

 2. Kosten des Anwalts 295

 II. Beschwerdeverfahren 296

 III. Rücknahme des Antrags, Erledigung 296

 J. Vollziehung 297

 I. Erforderlichkeit der Vollziehung 298

 II. Frist 298

 1. Beschlussverfügung 299

 2. Urteilsverfügung 299

 III. Form der Zustellung 299

 1. Zustellung an den Gegner persönlich 299

 2. Zustellung an den Prozessbevollmächtigten 299

 3. Inhalt der Zustellung 300

 IV. Heilungsmöglichkeit, Rechtsfolgen bei Versäumnis der Vollziehungs-
 frist 301

 1. Ausnahme: Kenntniserlangung 301

 2. Ausnahme: Amtszustellung 302

 3. Kosten des Verfügungsverfahrens 302

Inhaltsverzeichnis

V. Wirksame Vollziehung als Voraussetzung der Zwangsvollstreckung	303
VI. Kosten	303
K. Wirkungen der einstweiligen Verfügung	303
I. Rechtskraft	303
II. Hemmung der Verjährung	303
III. Schadensersatzpflicht (§ 945 ZPO)	303
1. Androhung von Ordnungsmitteln	304
2. Schadensersatzpflicht	304
3. Schadensumfang	304
4. Verjährung	304
5. Gegenansprüche des Antragstellers	304
6. Ausschluss eines Schadensersatzanspruches	305
L. Hauptsacheerzwingung gemäß §§ 936, 926 ZPO	305
I. Vorüberlegungen	305
II. Erzwingungsantrag	305
1. Zeitpunkt der Antragstellung und Zuständigkeit	305
2. Rechtsschutzbedürfnis	306
3. Frist	306
4. Rücknahme des Antrags	306
III. Folgen der Aufhebung	307
IV. Rechtsmittel	307
V. Kosten des Verfügungs- und des Aufhebungsverfahrens	307
M. Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände gemäß §§ 936, 927 ZPO	308
I. Veränderte Umstände gemäß § 927 Abs. 1 ZPO	308
II. Zuständigkeit	308
III. Rechtsschutzbedürfnis	309
IV. Folgen der Aufhebung	309
V. Rechtsmittel	309
VI. Kosten des Verfügungs- und des Aufhebungsverfahrens	309
N. Aufhebung gegen Sicherheitsleistung (§ 939 ZPO)	310
§ 15 Verfügungsverfahren gegen Verletzer im Ausland	312
A. Erfordernis der Verteidigungsmöglichkeit	312
I. Rechtslage nach der EuGVVO	312
II. Rechtslage nach dem LugÜ	313
B. Begründung der Entscheidung (§ 922 Abs. 1 S. 2 ZPO)	314
C. Vollziehung durch förmliche Zustellung	314
I. Wahrung der Monatsfrist gemäß §§ 936, 929 Abs. 2 ZPO	314
II. Durchführung der förmlichen Zustellung	315
1. Zustellung innerhalb der EU	315
2. Zustellung außerhalb der EU	316
D. Zwangsvollstreckung aus einer einstweiligen Verfügung	316
I. Zwangsvollstreckung im Inland	317
II. Zwangsvollstreckung im Ausland	317
1. Zwangsvollstreckung innerhalb der EU	317
2. Zwangsvollstreckung außerhalb der EU	318
E. Konsequenzen für den in Deutschland ansässigen Antragsteller	319
§ 16 Schutzschrift und Abschlusserklärung	320
A. Schutzschrift	320
I. Zweck	320
II. Kenntnisnahme des Gegners von der Schutzschrift	321
III. Kosten	321
	XXI

Inhaltsverzeichnis

B. Abschlusserklärung	322
I. Bedeutung	322
II. Aufforderung zur Abgabe einer Abschlusserklärung	322
1. Adressat und Inhalt der Erklärung	322
2. Zeitpunkt der Absendung	323
3. Fristsetzung	323
4. Wiederholte Aufforderung zur Abgabe der Abschlusserklärung	324
III. Abgabe und Verweigerung der Abschlusserklärung	324
1. Abgabe der Erklärung	324
2. Verweigerung der Erklärung	325
3. Abgabe einer Unterlassungserklärung	325
IV. Kosten	325
§ 17 Hauptsacheverfahren	327
A. Hauptsacheklage und einstweilige Verfügung	327
I. Klageerzwingung (§§ 936, 926 ZPO)	327
II. Hauptsacheklage zur Unterbrechung der kurzen Verjährung	327
III. Rechtskraft der einstweiligen Verfügung	328
IV. Rechtskraft der Hauptsacheentscheidung	328
B. Negative Feststellungsklage und positive Leistungsklage	328
I. Negative Feststellungsklage zur Begründung des Gerichts der Hauptsache	328
II. Wegfall des Feststellungsinteresses	329
III. Verfahrensfragen	329
C. Sprungrevision	329
§ 18 Unterlassungsansprüche – Anerkenntnis, Erledigung der Hauptsache und Prozessvergleich	330
A. Verfahrensbeendigung durch Anerkenntnis	331
I. Anerkenntnis in Verfahren mit mündlicher Verhandlung	331
II. Anerkenntnis nach Beschlussverfügung	331
III. Kosten	331
B. Verfahrensbeendigung durch Abgabe der geforderten Unterlassungs- erklärung	332
I. Unterlassungserklärung in Verfahren mit mündlicher Verhandlung	332
II. Unterlassungserklärung im Widerspruchsverfahren	332
III. Kosten	333
C. Unterlassungserklärung oder Anerkenntnis?	333
I. Haftung	333
II. Beweislast	334
III. Folgen eines Verstoßes	334
IV. Verjährung	334
V. Ergebnis	334
D. Anforderungen an einen Prozessvergleich – Formulierung	335
I. Ordnungsmittel gemäß § 890 ZPO	335
II. Vereinbarung einer Vertragsstrafe	335
III. Inhalt eines Unterlassungsvergleichs	336
IV. Vollziehung eines Prozessvergleichs	336
§ 19 Zwangsvollstreckung	337
A. Vorbemerkung, Rechtsgrundlagen	337
B. Sicherheitsleistung	337
I. Art der Sicherheitsleistung	338

Inhaltsverzeichnis

II. Abwendungsbefugnis des Schuldners	338
III. Relevanter Zeitpunkt bei einem Verstoß gegen den Titel	338
C. Verstoß gegen eine Unterlassungsverpflichtung	339
I. Wirksamkeit der Unterlassungsverpflichtung, Strafandrohung	339
II. Verbotene Handlung	339
III. Zwangsvollstreckung oder neues Verfügungsverfahren?	341
D. Verfahren	341
I. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	341
1. Titel, Klausel, Zustellung	341
2. Heilung von Vollstreckungsmängeln	341
II. Fristen	342
III. Zuständigkeit	342
IV. Antrag	342
V. Stellungnahme des Schuldners	342
VI. Entscheidung des Gerichts, Rechtsmittel	343
VII. Realisierung der festgesetzten Ordnungsmittel	343
E. Vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung	343
F. Höhe des Ordnungsgeldes	343
I. Gesetzliche Höchstgrenzen	343
II. Entscheidung im Einzelfall	344
G. Besonderheiten bei der Unterlassungs-Zwangsvollstreckung	345
I. Bestand der einstweiligen Verfügung	345
II. Beseitigung des Unterlassungstitels	345
1. Fortfall des Verfügungstitels	345
2. Beseitigung der Vollstreckbarkeit eines rechtskräftigen Hauptsache-Unterlassungstitels	346
H. Kosten	346
Anhang: Checkliste und Muster	349
Stichwortverzeichnis	375

beck-shop.de